

Band 15

Schriften zum Transnationalen Wirtschaftsrecht

(n.F.)

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Tietje, LL.M.,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

und

Prof. Dr. Matthias Lehmann, D.E.A., LL.M.,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Kay Wissenbach

**Von der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung
zum privaten Schadenersatzprozess**

– Beurteilung des kartellrechtlichen Systemwechsels –

Dr. Kay Wissenbach, LL.M. oec. wurde am 14. Februar 1980 in Halle (Saale) geboren. Nach dem Abitur im Jahr 1998 und dem Ableisten des Grundwehrdienstes studierte er zwischen 1999 und 2004 Rechtswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im Januar 2004 legte er das Erste Juristische Staatsexamen vor dem Landesjustizprüfungsamt des Landes Sachsen-Anhalt ab. Anschließend wurde er zum Wirtschaftsrechtlichen Ergänzungsstudiengang der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zugelassen. Hier erwarb er im Sommer 2005 den Grad eines Legum Magister in oeconomicis. Unterbrochen durch eine fünfmonatige Tätigkeit bei der Europäischen Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, in Brüssel erstellte er im Anschluss die vorliegende Doktorarbeit. Zwischen Oktober 2007 und November 2009 war er Rechtsreferendar am OLG Düsseldorf. Den juristischen Vorbereitungsdienst schloss er im November 2009 vor dem Landesjustizprüfungsamt des Landes Nordrhein-Westfalen ab. Im Januar 2010 verlieh ihm die Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität den akademischen Grad eines Doktors der Rechte (Dr. jur.).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Zugl.: Halle, Univ., Diss., 2009

XIII

© Universitätsverlag Halle-Wittenberg, Halle an der Saale 2010

Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

ISBN 978-3-86977-012-3

Else und Otto Wissenbach
in dankbarer Erinnerung

„Businesses and consumers in Europe have a right to damages if they have lost out as a result of the anti-competitive behaviour of others. We are presenting options to help ensure that this right is a reality and not just a theory“

Neelie Kroes

(Mitglied der Europäischen Kommission – Wettbewerb)

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde durch ein Stipendium der Graduiertenförderung des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt und im Juli 2009 von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Dissertation angenommen. Das Promotionsverfahren wurde mit der mündlichen Prüfung am 24. November 2009 abgeschlossen. Für die Veröffentlichung konnten Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis Dezember 2009 berücksichtigt werden.

Sehr herzlich danke ich zunächst meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Rolf Sethe, der die Arbeit von der Themensuche bis zum Abschluss engagiert begleitet und mit konstruktiver Kritik gefördert hat. Neben der fachlich exzellenten Betreuung der Arbeit war seine freundliche und wohlwollende Unterstützung stets ein positiver Ansporn. Herrn Prof. Dr. Matthias Lehmann danke ich für die sehr schnelle Erstellung des Zweitgutachtens sowie den Vorschlag, die Arbeit in die Schriften zum Transnationalen Wirtschaftsrecht (n.F.) aufzunehmen. Für die Aufnahme in die Schriftenreihe danke ich den Herausgebern, Herrn Prof. Dr. Christian Tietje und Herrn Prof. Dr. Matthias Lehmann sowie dem Verleger Herrn Peter Junkermann für die schnelle und unkomplizierte Drucklegung.

Ferner danke ich den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, Donncadh Woods, Eddy de Smijter und Nicolas Bessot sowie Herrn Dr. Martin Sura und seinem Kartellrechtsteam von Lovells LLP, die mir während unserer Zusammenarbeit in Brüssel und Düsseldorf die Zusammenhänge und Wechselwirkungen im europäischen sowie deutschen Kartellrecht verdeutlichten und damit wesentlich zum Fortgang der Arbeit beitrugen.

Vor allen anderen danke ich jedoch meinen Eltern, die mir meine wissenschaftliche Ausbildung ermöglichten und mich in allen Belangen stets weit über das Selbstverständliche hinaus unterstützt haben. Ohne ihre Hilfe wäre die Promotion nicht verwirklicht worden. Ferner danke ich Frau Susanne Richter, die die Entstehung der Arbeit im Alltäglichen mitgetragen hat.

Düsseldorf, im Januar 2010

Kay Wissenbach

Inhaltsverzeichnis

1. Teil:	
Einleitung	25
A. Anlass	25
B. Ziel	28
C. Gang der Untersuchung	29
2. Teil:	
Grundlagen	31
A. Private kartellbedingte Schadenersatzklagen	31
I. Überblick	31
II. Mangelnde Anreize für klagewillige Kartellopfer	31
III. Darlegungs- und Beweislast sowie Zugang zu Beweismitteln	32
IV. Passing-on Einwand und Klagebefugnis	33
V. Prozesskosten	33
VI. Verbandsklagen, Sammelklagen, class actions	34
VII. Verhältnis von privater und öffentlich-rechtlicher Kartelldurchsetzung ..	35
B. Rechtspolitische Stellung	35
I. Bedeutung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung	35
II. Zahlen zur privaten Durchsetzung des Kartellrechts	38
1. Begriffsklärung	38
2. Stand der privaten Kartellrechtsdurchsetzung vor Geltung der VO 1/2003	39
3. Stand der privaten Kartellrechtsdurchsetzung in Deutschland	39
4. Stand der privaten kartellbezogenen Schadenersatzklagen in Deutschland	40
III. Der Kartellzivilprozess – eine rein nationale Angelegenheit?	42

1. Nationales Recht als Anspruchsgrundlage für Schadenersatzansprüche	43
2. Das Europarecht als unmittelbare Anspruchsgrundlage	45
3. Streitentscheid anhand der europagerichtlichen Rechtsprechung ...	46
3. Teil:	
Rechtsgeschichtliche Betrachtungen	50
A. Die Gegenüberstellung von antitrust law und Kartellrecht	50
I. Einleitung	50
1. US-amerikanisches private enforcement – paradiesische Zustände? ..	50
2. Übertragbarkeit auf Deutschland: Zwischen Reiz und Reizthema ..	51
II. Antitrust Law in den Vereinigten Staaten	54
1. Der Sherman Act	58
a) Mangelnde Bestimmtheit	61
b) per se rule	63
c) rule of reason	64
2. Der Clayton- und FTC Act	66
3. Schlussfolgerung	69
III. Die Entwicklung des Wettbewerbsrechts in Deutschland bis 1945	70
1. Ausgangslage und erste Entwicklung des deutschen Kartellrechts ..	70
2. Die Kartellverordnung von 1923	76
3. Das Zwangskartellgesetz von 1933	81
IV. Die Entwicklung des Wettbewerbsrechts ab 1945 in Deutschland	83
1. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Verabschiedung des GWB	83
a) Die Alliierten Dekartellierungsgesetze	84
b) Diskussion der Dekartellierung in der deutschen Rechts- und Wirtschaftswissenschaft	86
c) Die Entstehung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	88
(1) Josten Entwurf 1949	88
(2) Die weiteren Entwürfe der Ministerialbürokratie	89
(3) Regierungsentwurf vom 13. Juni 1952	90
(4) Gesetzesentwurf vom 22. Januar 1955	91
2. Die sechs Novellierungen des GWB bis 1998	93
a) Die 1. GWB-Novelle	93
b) Die 2. GWB-Novelle	94
c) Die 3. und 4. GWB-Novelle	97
d) Die 5. Novelle	98
e) Die 6. GWB-Novelle	99
f) Zusammenfassung	100

V.	Die Kartellrechtsentwicklung in Europa	101
1.	Die Anfänge eines europäischen Wettbewerbsrechts	101
2.	Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion)	102
3.	Die Römischen Verträge	103
VI.	Die Systematik des europäischen Kartellrechts	104
1.	Das primäre EG-Kartellrecht	104
2.	Das sekundäre EG-Kartellrecht	104
B.	Reformtätigkeit im europäischen Kartellrecht	106
I.	Die grundlegenden Änderungen im Kartellrecht durch die VO 1/2003	106
II.	Ziele der europäischen Kartellreform	107
III.	Die wichtigsten Änderungen durch die VO 1/2003	108
1.	Das System der Legalausnahme	108
a)	Das Prinzip des Verbots mit Erlaubnisvorbehalt nach der VO 17/1962	109
b)	Das Prinzip der Legalausnahme nach der VO 1/2003	109
(1)	Die Festlegung des Prinzips der Legalausnahme in Art. 1 Abs. 2 VO 1/2003	109
(2)	Ausnahmen zum allgemeinen Prinzip der Legalausnahme	111
2.	Die dezentrale Anwendung des europäischen Kartellrechts	112
3.	Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 81 Abs. 3 EG	113
4.	Erweiterte Durchsetzungsbefugnisse der Kommission	113
a)	Erweiterung des Auskunftsverlangens	114
b)	Erweiterte Durchsuchungsbefugnisse der Kommission	114
(1)	Durchsuchung in Unternehmen und Unternehmens- vereinigungen	114
(2)	Durchsuchung von Privaträumen	114
(3)	Nur eingeschränktes Nachprüfungsrecht der nationalen Gerichte	115
c)	Abstellen von Zuwiderhandlungen	115
d)	Erweiterung der Sanktionsmechanismen	116
e)	Neuordnung des Beschwerdeverfahrens	116
5.	System der Gruppenfreistellungsverordnungen	117
a)	Stellung und rechtliche Wirkung von Gruppenfreistellungsverordnungen	117
b)	Die Gruppenfreistellungsverordnungen im Systemwechsel	118
c)	Rechtsnatur der Gruppenfreistellungen im System der Legalausnahme	119
(1)	Problemaufriss	119
(2)	Differenzierung zwischen Entscheidungen und Verordnungen	120
d)	Wirkung der Gruppenfreistellungsverordnungen unter der VO 1/2003	120

e)	Problematik der doppelten Legalausnahme	123
(1)	Gleichlauf der Legalausnahmen	124
(2)	Konkurrenz der Legalausnahmen	124
6.	Beweislastregelung nach der VO 1/2003	125
7.	Verhältnis von nationalem zu europäischem Kartellrecht	126
a)	Zweischrankenlösung unter der VO 17/1962	126
b)	Änderungen durch die VO 1/2003	127
(1)	Beabsichtigte Formulierung des Art. 3 VO 1/2003	128
(2)	Lösung in Art. 3 VO 1/2003	130
8.	Erkenntnisse aus der Reformtätigkeit des europäischen Gesetzgebers	131
IV.	Entwicklung hin zu privaten kartellbedingten Schadenersatzklagen ...	132
1.	Ausgangspunkt in Fiesole	134
2.	Urteil des EuGH in Sachen Courage v. Crehan	136
a)	Zum Sachverhalt	136
b)	Die Entscheidung des Gerichts	137
c)	Bewertung der Entscheidung	139
3.	„Ashurst Studie“	141
4.	„Think Tank on Private Enforcement“	142
a)	Einführung	142
b)	Beratungsgegenstände des „Think Tank“	143
(1)	20. September 2004 – Notwendigkeit privater Kartellrechtsdurchsetzung?	143
(2)	07. Dezember 2004 – Passing-on defense; Anspruchsberechtigung indirekt Betroffener	144
(3)	22. Februar 2005 – Beweismittelzugang, Beweislastverteilung	144
(4)	05. April 2006 – Kollektiver Rechtsschutz, Schutz von Verbraucherinteressen	145
(5)	13. September 2006 – Abschließende Beratungen	145
5.	Grünbuch der Europäischen Kommission	146
a)	Einführung	146
b)	Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission	147
c)	Inhalt des Grünbuchs	148
(1)	Beweismittelzugang	148
(2)	Verschuldenserfordernis	148
(3)	Höhe und Berechnung des Schadenersatzes	149
(4)	Passing-on Einwand	149
(5)	Schutz der Verbraucherinteressen	150
(6)	Kosten	150
(7)	Verhältnis von öffentlicher und privater Kartellrechts- durchsetzung	150
d)	Reaktionen	151
(1)	Stellungnahmen zum Grünbuch	151

(2) Auswertung der Stellungnahmen anhand der einzelnen Optionen im Grünbuch	154
(3) Europäisches Parlament	156
(4) European Economic and Social Committee (EESC)	158
e) Zwischenergebnis	158
6. Urteil des EuGH in Sachen Manfredi	159
a) Zum Sachverhalt	160
b) Die Entscheidung des Gerichtshofes	161
c) Bewertung der Entscheidung	162
7. Weißbuch Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts	164
a) Arbeitsgruppe COMP 2010	164
b) Studie zu kollektiven Rechtsschutzformen für Verbraucher	165
c) Inter-services group	166
d) Impact Assessment	166
(1) Zielstellung	166
(2) Ergebnisse	167
e) Inhalt des Weißbuchs	168
(1) Klagebefugnis	170
(2) Formen kollektiven Rechtsschutzes	170
(3) Zugang zu Beweismitteln	170
(4) Bindungswirkung	171
(5) Verschulden	171
(6) Schadenersatzanspruch	171
(7) Schadensabwälzung	172
(8) Verjährung	172
(9) Prozess- und Verfahrenskosten	172
(10) Verhältnis von privaten Klagen und Kronzeugenregelungen	173
8. Der interne Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission	173
9. Reformbemühungen in Bezug auf das anwendbare Recht	173
10. Ermächtigungsgrundlage der Kommission	174
11. Zwischenergebnis	174
C. Die Grundlegende Reformierung des deutschen Kartellrechts ..	175
I. Einführung	175
1. Anlass und Zielsetzung der 7. GWB-Novelle	175
2. Der Gang des Gesetzgebungsverfahrens	177
II. Allgemeine Änderungen durch die 7. GWB-Novelle	178
1. Einführung des Systems der Legalausnahme	178
2. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	178
a) Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	179
b) Ausnahmetatbestände zum Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	179
c) Mittelstandskartelle	180

d) Verbot vertikaler Preisbindungen	182
3. Missbrauchsaufsicht	182
a) Klarstellung des räumlich relevanten Marktes	183
b) Verschärfung des § 20 Abs. 3 GWB	183
4. Verhältnis des GWB zu den Artikeln 81 und 82 EG und die „Altfallproblematik“	184
5. Befugnisse der Kartellbehörden	186
a) Entscheidungsformen	186
(1) Positive Tenorierung	186
(2) Maßnahmen struktureller Art	186
(3) Einstweilige Maßnahmen	187
(4) Einführung neuer Entscheidungsinstrumente in das deutsche Recht	187
b) Ermittlungsbefugnisse	188
6. Sanktionskatalog für wettbewerbswidriges Verhalten	188
a) Bußgeldrechtliche Sanktionen	189
b) Vorteilsabschöpfung	189
III. Die Änderungen des § 33 GWB	190
1. Einführung	190
2. Einheitliche Anspruchsgrundlage	190
3. Anspruchsberechtigung	190
a) Wegfall des Schutzgesetzfordernisses	190
(1) Meinungsstand vor der 7. GWB-Novelle	191
(2) Die Neuregelung in § 33 Abs. 1 GWB	192
b) Betroffenheit	193
c) Passing-on defense und Anspruchsberechtigung	194
4. Erleichterung von Anschlussprozessen	195
5. Verzinsungspflicht und Streitwertanpassung	196
D. Schlussfolgerungen aus den Reformtätigkeiten	196
I. Etablierung einer zweiten Säule zur effektiven Kartellrechts- durchsetzung	196
II. Beibehaltung eines eigenständigen deutschen Kartellrechts?	197
III. Bruch mit der deutschen und europäischen Kartellrechtstradition	197
E. Zwischenergebnis	198
4. Teil:	
Kartellbedingte Schadenersatzklagen in Deutschland	201
A. Kartellrechtsdurchsetzung vor deutschen Zivilgerichten	201

I.	Neue Herausforderungen gegenüber bekannten Problemen	201
II.	Die Rolle des Zivilrichters	203
1.	Nationale Richter und das Europarecht	203
2.	Wahrung der Kohärenz und Gefahr des Forum Shoppings	204
a)	Kohärenz und richterliche Unabhängigkeit	204
b)	Erweiterte Bindungswirkung und Gefahr des forum shopping	206
III.	Schadenersatzklagen vor deutschen Zivilgerichten	207
1.	Schadenersatzklage gegen Mitglieder des Transportbeton Kartells	207
a)	Gegenstand des Verfahrens – Das „Transportbeton Kartell“	207
b)	Die Entscheidungen des LG Berlin	208
2.	Schadenersatzklagen gegen Mitglieder des Vitaminkartells	208
a)	Gegenstand der Verfahren – Das „Vitaminkartell“	209
b)	Divergierende Entscheidungen deutscher Gerichte	210
(1)	Landgericht Mannheim	210
(2)	Oberlandesgericht Karlsruhe	211
(3)	Landgericht Mainz	211
(4)	Landgericht Dortmund	212
(5)	Oberlandesgericht Düsseldorf	212
c)	Bewertung der Urteile	213
(1)	Gesetzesänderung in Deutschland	214
(2)	Zur Frage der Schadensweiterleitung	214
(3)	Gefahr der Doppelbelastung und Bereicherungsverbot	215
(4)	Schutzgesetzfordernis und Zielgerichtetheit	216
3.	Schadenersatzklagen gegen das Zementkartell	218
a)	Gegenstand des Zementkartells	218
b)	Private follow-on Klagen auf Schadenersatz	219
4.	Schadenersatzklagen gegen das Aufzugkartell	221
a)	Gegenstand des Aufzugkartells	221
b)	Schadenersatzklagen gegen das Aufzugkartell	222
c)	Bewertung	222
5.	Schadenersatzklagen gegen Stromverteilungsanlagen-Kartell	224
6.	Erkenntnisse	225
B.	Schadensweiterleitung und Anspruchsberechtigung	228
I.	Einführung	228
1.	Gesteigerte Unternehmensverantwortlichkeit (bei gesteigerter Rechtsunsicherheit?)	228
2.	Anspruchsberechtigung von mittelbar Betroffenen trotz § 34 a GWB?	229
II.	Anspruchsberechtigung und passing-on defense	230
1.	Bedeutung und Problematik der passing-on defense	230
a)	Schadensweiterleitung in den USA	231
(1)	Entscheidung des Supreme Court zu Hanover Shoe	231
(2)	Entscheidung des Supreme Court zu Illinois Brick	232

(3) Zusammenfassung	233
b) Schadensweiterleitung in Deutschland	234
2. Anspruchsgrundlage	234
a) Ansprüche gegen die Kartellbeteiligten	235
b) Ansprüche gegen vorgelagerte Marktstufen	235
c) Zusammenfassung	236
3. Anspruchsberechtigung	237
a) Die Courage-Entscheidung des EuGH	237
b) Extensives Verständnis des anspruchsberechtigten Personenkreises	238
c) Notwendige Einschränkung des Kreises der Ersatzberechtigten	239
4. Die Entscheidung des Gesetzgebers in § 33 Abs. 3, Satz 2 GWB ...	240
5. Mögliche künftige Behandlung des passing-on Einwandes	241
a) Zulassung des passing-on Einwandes	242
b) Ablehnung des passing-on Einwandes	242
c) Zusammenfassung	243
6. Ergebnis	244
III. Konsequenzen für die Anspruchsberechtigung mittelbar Geschädigter .	246
C. Kronzeugenregelung und Schadenersatzklagen	248
I. Einführung	248
II. Kronzeugenprogramme	250
1. Intention der Kronzeugenprogramme	250
2. Vorbildfunktion der US-amerikanischen Leniency Policy	252
a) Entstehung und Wirkung der Leniency Policy	252
b) Inhalt und Verfahren der Leniency Policy	254
(1) Antragsstellung vor der Aufnahme von Ermittlungen ...	255
(2) Antragsstellung nach der Aufnahme von Ermittlungen ...	256
(3) Verfahrensregelungen	256
3. Hintergründe der europäischen und deutschen Bestrebungen	257
III. Europäische und deutsche Kronzeugenprogramme	259
1. Die Kronzeugenregelung der Europäischen Kommission	259
a) Entstehungsgeschichte der Kronzeugenmitteilungen vor 2006 .	259
b) Kronzeugenmitteilung der Europäischen Kommission vom 08. Dezember 2006	261
(1) Regelungsgehalt der Kronzeugenmitteilung von 2006 ...	261
(2) Auswirkungen der Kronzeugenmitteilung von 2006 ...	262
2. Die Bonusregelung des Bundeskartellamtes	263
a) Die Bonusregelung vom 17. April 2000	264
b) Die Bonusregelung vom 07. März 2006	264
(1) Inhalt der Bonusregelung vom 07. März 2006	265
(2) Die Auswirkungen der Bonusregelung vom 07. März 2006	266

IV. Die Kronzeugenprogramme im Verhältnis zur Intention der Kartellrechtsreform	266
V. Das Verhältnis von öffentlicher und privater Kartellrechtsdurchsetzung	268
1. Einführung	268
2. Das Dilemma der Wettbewerbsbehörden am Beispiel der Europäischen Kommission	269
a) Das prisoners dilemma der Unternehmen	269
b) Die Reaktionen der Europäischen Kommission	269
c) Schlussfolgerungen	272
VI. Ergebnis	274

5. Teil:

Möglicher Inhalt weiterer Reformschritte	276
A. Notwendigkeit weiterer Reformatigkeiten?	276
I. Einseitige Ausrichtung der 7. GWB-Novelle	276
II. Schadensabwälzung und Anspruchsberechtigung	278
III. Nachweis eines Wettbewerbsverstößes	280
IV. Formen kollektiven Rechtsschutzes	281
B. Beweiserleichterungen bei Wettbewerbsverstößen?	283
I. Einführung	283
II. Darlegung und Beweis der Tatbestandsvoraussetzungen	284
1. Differenzierung zwischen Wettbewerbsbehörden und privaten, Klägern	284
2. Grundsätze des Darlegungs- und Beweisrechts	285
III. Grundlagen der Beweislastverteilung	286
IV. Der Zugang zu Beweismitteln	287
1. Verhalten der Kartellbeteiligten	287
2. Beweismittelzugang privater Kläger	288
a) Bedeutung der Beweismittel	288
b) Behördlich festgestellter Kartellverstoß	288
c) Nicht festgestellter Kartellverstoß	289
3. Schlussfolgerung	289
V. Akteneinsichtsrecht bei der Europäischen Kommission	290
1. Akteneinsichtsrecht nach europäischem Kartellrecht	290
2. Akteneinsichtsrecht nach der VO 1049/2001	291
a) Anwendbarkeit der Transparenz VO auf das Kartellverfahren?	291
(1) Die Entscheidung des EuG	292

(2) Urteilkritik – Keine Anwendbarkeit der Transparenz VO auf das Kartellverfahren	292
(3) Gegenansicht und EuG: Bank Austria Creditanstalt/ Kommission	294
(4) Rechtsauffassung der Europäischen Kommission	296
b) Voraussetzungen des Akteneinsichtsrechts	299
c) Schlussfolgerung	300
VI. Akteneinsichtsrecht beim Bundeskartellamt	301
1. Einführung	301
2. Akteneinsichtsrecht auf Grundlage des IFG	301
a) Anwendungsbereich des IFG	302
b) Akteneinsichtsrecht im Kartell- und Fusionskontrollverfahren .	303
(1) Ausschluss und Einschränkungen des Akten- einsichtsrechts im Kartellverfahren	303
(2) Schlussfolgerung	304
3. Akteneinsichtsrecht im Kartellbußgeldverfahren	305
a) Grundsätzliches Akteneinsichtsrecht in Ordnungswidrigkeitenverfahren	305
b) Ausnahmen	305
c) Zusammenfassung	306
VII. Ergebnis	307
C. Anspruchsbündelung und kollektiver Rechtsschutz	307
I. Anspruchsbündelung im deutschen Recht de lege lata	307
1. Streitgenossenschaft	308
2. Nebenintervention	309
3. Verfahrensverbindung	310
a) Gegenwärtige Rechtslage	310
b) Vorschläge zur Nutzbarmachung der Verfahrensverbindung bei Streuschäden	311
4. Verfahrensaussetzung	312
5. Interessengemeinschaften	313
a) Rechtliche Bedenken gegen die Anspruchsbündelung in Interessengemeinschaften	314
b) Rechtsdienstleistung nach § 2 RDG	315
(1) Erlaubte Rechtsdienstleistung nach § 7 RDG?	317
(2) Gebündelte Schadenersatzklagen durch BGB-Gesellschaften	318
6. Das Modell der Cartel Damage Claims S.A.	320
a) Zulässigkeit der Vorgehensweise der CDC	321
(1) Fehlende Prozessführungsbefugnis	322
(2) Nichtigkeit der Forderungsabtretung aufgrund Rechtsmissbrauchs	322
(3) Konflikt mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz	323

b) Persönliche Bewertung	327
7. Musterprozessabreden	328
a) Frei zu vereinbarende Musterprozessabreden	328
b) Gesetzlich verankerte Musterprozessabreden	331
8. Zwischenergebnis	333
II. Anspruchsbündelung in den USA und class action	334
1. Darstellung der class action	335
a) Voraussetzung einer auf Schadenersatz gerichteten class action	336
b) Verfahrensverlauf	337
2. Vorteile der class action	339
3. Allgemeine Kritik	340
a) Missbrauchsgefahr	340
b) Interessenkonflikt der Klägeranwälte	344
c) Die Kritik an der class action im Kontext des US-amerikanischen Zivilprozessrechts	348
d) Einführung der class action in Deutschland?	349
III. Anwendung einer Gruppen- oder Sammelklage auf Europäischer Ebene	351
1. Generaldirektion Wettbewerb	351
2. Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz	354
a) Initiativen im Bereich des kollektiven Rechtsschutzes	354
b) Gutachten der Universität Leuven im Auftrag der Kommission	356
c) Schlussfolgerung	358
IV. Übertragbarkeit der class action in das deutsche Recht?	360
1. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	361
2. Die Dispositionsmaxime im deutschen Recht	362
3. Das Recht auf den gesetzlichen Richter	363
4. Ergebnis	364
V. Anspruchsbündelung im deutschen Recht de lege ferenda	365
1. Einführung	365
2. Vertretermodell	366
3. Verbandsklage	368
a) Einführung	368
b) Verbandschadenersatzklagen	369
c) Art des Schadens	370
d) Verwendung des Schadenersatzes	371
e) Ergebnis	373
4. Gruppenklage	373
a) Die Gruppen-Leistungsklage auf Schadenersatz	373
b) Gruppen-Feststellungsklage	375
D. Notwendigkeit verstärkter monetärer Klageanreize?	376
I. Streitwertherabsetzung	376
II. Strafschadenersatz	377
1. Schadenersatzregelungen auf europäischer Ebene	377

2. Grundsatz und Ausnahmen der Schadensberechnung in Deutschland	379
a) Ersatz immaterieller Schäden – die Caroline-Doktrin	379
b) Lehre der ökonomischen Analyse des Rechts	382
3. Schlussfolgerung	383
III. Ergebnis	383
6. Teil:	
Eigener Lösungsvorschlag	
– Kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten –	385
A. Einleitung	385
B. Beweiserleichterungen für private Kläger	389
I. Einführung	389
1. § 142 ZPO	389
2. Grundlagen des Anscheinsbeweises	390
3. Amtsermittlungsgrundsatz	392
4. Reduzierung des Beweismaßes	393
II. Mögliche Erleichterungen im Zivilprozess	394
1. Beweiserleichterungen außerhalb des Zivilprozessrechts	394
a) § 33 Abs. 4 GWB	394
b) § 20 Abs. 5 GWB	395
c) Materielle Auskunfts- und Einsichtsrechte	395
2. Beweiserleichterungen im Rahmen der Zivilprozessordnung	396
a) Vorlage- und Auskunftspflichten	396
b) Instrument der sekundären Darlegungslast	397
c) Offenkundige Tatsachen	397
d) Prozessuale Aufklärungsmöglichkeiten des Gerichts	398
III. Schlussfolgerung	399
C. Schaffung eines Kartell-Musterverfahrensgesetzes	399
I. Einleitung	399
II. Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz	401
1. Einführung	401
2. Anwendungsbereich und sachliche Zuständigkeit	405
3. Kurzdarstellung des Verfahrensverlaufs	406
a) Verfahren vor dem Prozessgericht	406
b) Verfahren vor dem Oberlandesgericht	406
c) Abschluss der Verfahren vor dem Prozessgericht	407
4. Detaillierte Darstellung des KapMuG	407

a)	Musterfeststellungsantrag durch eine Partei im Ausgangsverfahren	407
b)	Der Vorlagebeschluss des Prozessgerichts an das Oberlandesgericht	408
c)	Durchführung des Musterverfahrens vor dem Oberlandesgericht	409
(1)	Allgemeine Verfahrensregelungen	409
(2)	Die Stellung der Beteiligten im Verfahren	411
(3)	Der Musterbescheid und das Rechtsbeschwerdeverfahren .	412
d)	Entscheidung über das Individualverfahren vor dem Prozessgericht	413
(1)	Bindungswirkung des Musterentscheids	414
(2)	Kostenregelung	415
(a)	Kosten des Musterverfahrens	415
(b)	Kosten des Rechtsbeschwerdeverfahrens	416
e)	Gerichtsstandsregelung	418
(1)	Regelung der örtlichen Zuständigkeit	418
(2)	Regelung der internationalen Zuständigkeit	419
(a)	Gerichtsstand bei Beklagensitz innerhalb der EU/EFTA	421
(b)	Gerichtsstand bei Beklagensitz außerhalb der EU/EFTA	422
III.	Einführung eines Kartell-Musterverfahrensgesetzes	422
1.	Vergleichbarkeit von Ausgangslage und Zielvorstellung des Gesetzgebers?	422
a)	Vergleichbare Ausgangslage	423
b)	Intention des Gesetzgebers	423
c)	Bestehen einer Regelungslücke im Kartellrecht	424
2.	Die gesetzlich normierte Musterklage als reformbedürftiges Erfolgskonzept?	425
a)	Ausbleibende Anfangserfolge	426
b)	Einführung eines der Zivilprozessordnung an sich fremden Verfahrens	426
3.	Sachlicher Anwendungsbereich eines Musterverfahrens im Kartellrecht	428
a)	Einheitliches Feststellungsbegehren	428
b)	Schlussfolgerung für ein Kartell-Musterverfahren	429
4.	Gerichtsstandsregelung	429
a)	Die Diskussion um § 32b ZPO	429
b)	Möglichkeiten der örtlichen Zuständigkeit für kartellbedingte Schadenersatzklagen	430
(1)	Regelung der örtlichen Zuständigkeit	431
(a)	Ausschließliche Zuständigkeit für Ausgangs- und Musterprozess	431

(b) Zuständigkeitsregelung analog § 32b ZPO im Ausgangsprozess	432
(c) Ausschließliche Zuständigkeit im Ausgangsprozess ..	433
(2) Funktionale Zuständigkeit	435
c) Internationale Zuständigkeit	436
d) Schlussfolgerungen für ein Kartell-Musterverfahren	438
5. Das OLG als einzige Tatsacheninstanz	438
a) Die Diskussion um die Verweisung des Musterverfahrens an ein Oberlandesgericht	438
(1) Das Oberlandesgericht als Prozess- und Rechtsmittelgericht	439
(2) Verkürzung des Instanzenzuges bezüglich der Musterfrage	440
b) Zuweisung des Musterverfahrens an ein ausschließlich zuständiges Gericht?	441
c) Schlussfolgerung für ein Kartell-Musterverfahren	442
6. Strikte Bindung des Oberlandesgerichts an den Vorlagebeschluss ..	442
a) Die Diskussion um § 4 Abs. 1 KapMuG	442
(1) Absolute Bindung der Oberlandesgerichte an die Vorlagebeschlüsse	443
(2) Entscheidungshoheit über Erweiterungen des Feststellungsgegenstandes	445
(3) Notwendigkeit einer mündlichen Verhandlung vor Erlass des Vorlagebeschlusses?	446
b) Schlussfolgerung für ein Kartell-Musterverfahren	447
7. Die Bestimmung des Musterklägers und der Musterbeklagten	447
a) Die Diskussion um § 8 Abs. 2 KapMuG	447
b) Schlussfolgerung für ein Kartell-Musterverfahren	450
8. Stellung der Beteiligten und rechtliches Gehör	451
a) Die Stellung des Musterbeklagten	451
b) Stellung der Beigeladenen im Musterverfahren und Gewährung rechtlichen Gehörs	451
c) Umfassende Nutzung des elektronischen Klageregisters	452
(1) Mediatisierung durch Einschalten eines Musterklägers ...	453
(2) Ziel der Anreizsetzung nicht der Gerichtsentlastung	454
(3) Bindungswirkung des Musterverfahrens und Anspruch auf Beteiligung	455
d) Schlussfolgerung für ein Kartell-Musterverfahren	456
9. Schaffung eines elektronischen Klageregisters	456
a) Die Diskussion um § 2 Abs. 1, Nr. 1 KapMuG	456
b) Schlussfolgerung für ein Kartell-Musterverfahren	458
10. Ausreichende Anreizsetzung?	458
a) Die Diskussion um § 17 KapMuG	458
b) Schlussfolgerungen für ein Kartell-Musterverfahren	461
IV. Zusammenfassung der Vorschläge zum Kartell-Musterverfahren	462

7. Teil:	
Erkenntnisse	464
A. Fehlende Effektivität der zweiten Säule	464
B. Konzentration auf follow-on Klagen	464
C. Einführung eines Kartell-Musterverfahrens	465
D. Stärkung der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung	466
E. Abschließende Schlussfolgerung	467
8. Teil:	
Thesenhafte Zusammenfassung der Arbeit	469
Literaturverzeichnis	471
Stichwortverzeichnis	515